

Hier sind die Hauptgründe für unsere Empfehlung:

1. **Gefährdung der Gesundheitsversorgung:** Die Kostenbremseninitiative würde die Gesundheitsversorgung direkt an die Wirtschaftsentwicklung koppeln. Dies bedeutet, dass in wirtschaftlich schlechten Zeiten, wenn die Gesundheitsversorgung besonders benötigt wird, die Mittel am stärksten eingeschränkt wären. Eine gute Gesundheitsversorgung sollte sich jedoch immer nach dem Bedarf der Patienten richten und nicht nach der Konjunktur.
2. **Unehrlische und unpraktische Umsetzung:** Die Initiative gibt ein Kostenziel vor, ohne konkrete Lösungen zur Erreichung dieses Ziels anzubieten. Dies könnte dazu führen, dass willkürlich Leistungen aus der Grundversicherung gekürzt werden. Wäre die Initiative im Jahr 2000 eingeführt worden, wäre heute über ein Drittel der Leistungen der Grundversicherung ohne Versicherungsdeckung. Dies würde vor allem die Menschen treffen, die auf eine solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung angewiesen sind.
3. **Einführung einer Zweiklassenmedizin:** Die Initiative würde dazu führen, dass nur noch privat zahlende Patient*innen uneingeschränkt Zugang zu hochwertigen Gesundheitsleistungen haben. Dies fördert eine Zweiklassenmedizin und benachteiligt jene, die sich keine privaten Zusatzversicherungen leisten können.
4. **Rationierung und längere Wartezeiten:** Durch die Festlegung eines starren Globalbudgets unabhängig vom tatsächlichen Bedarf kommt es zwangsläufig zu Rationierungen und längeren Wartezeiten. Internationale Beispiele zeigen, dass solche Massnahmen zu erheblichen Versorgungsengpässen führen können.
5. **Erhöhung der Bürokratie und Folgekosten:** Die Umsetzung der Kostenbremseninitiative würde eine erhebliche Zunahme an Bürokratie und administrativen Massnahmen erfordern. Dies würde wertvolle Ressourcen binden, die besser in die direkte Patient*innenversorgung investiert wären. Zudem könnten verzögerte Behandlungen langfristig zu höheren Kosten führen.
6. **Negative Auswirkungen auf das Gesundheitspersonal:** Der erhöhte Kostendruck würde vor allem das Pflegepersonal betreffen und dem Ziel der Pflegeinitiative widersprechen. Dies würde den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen weiter verschärfen und zu Versorgungsengpässen führen.

Zusammengefasst würde die Kostenbremseninitiative mehr Schaden als Nutzen bringen. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist wichtig, muss aber flexibel und anpassungsfähig bleiben. Deshalb empfehlen wir Euch, am 09. Juni 2024 mit Nein zu stimmen, um die Qualität öffentlicher Dienstleistungen zu sichern und die Fähigkeit unserer Regierung, effektiv zu handeln, zu bewahren.